Posener Zeitung.

№ 218. Dienstag den 19. September. 1848.

Inland.

Berlin, den 17. Sept. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: die bei dem bisherigen Ministerium zur Gesetz-Revision angestellten Geheimen Ober-Justizräthe Zettwach und Boswinckel zu Räthen des Geheimen Ober-Tribunals zu ernennen; sowie dem Stadtrichter und Gerichts-Kommissarius Woluy zu Woldenberg bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Justizrath zu verleihen.

---

†† Posen, den 15. September.

Immer von Neuem kommen wir auf die Nothwendigkeit zurück, endlich mit der Ziehung der deutschen Reichsgrenze, also mit der definitiven Bestimmung der Demarkationslinie hier Ernst zu machen. Fast scheint es, als ob die Leiter unserer politischen Angelegenheiten nur da zum Entschlusse einer energischen That gebracht werden könnten, wo ihnen die Gefahr der Versäumniß in unmittelbarster Nähe erscheint. Aber freilich Posen — 34 Meilen von Berlin entfernt: gegen die augenblicklichen Gefahren militairisch gedeckt, eine Stadt, deren Vertreter in einer mit dem Vertrauen des Landes nicht eben sehr gesegneten Versammlung das alberne Mittel verschmäht haben, durch anhaltende Interpellationen bei den Ministern zu erreichen, was innere Vernunft der Sachen und höhere politische Pflichten ihnen vergebens gebieten, und die Aufmerksamkeit jener Versammlung zu erregen, die sich sonst in wahrhaft bewunderungswürdiger Consequenz nur dem entweder an sich oder doch gegenwärtig Unwichtigen zuwendet: Posen kann immer warten, bis vom blauen Himmel her ein Wunder geschieht und der Prinziplosigkeit der Staatslenker die Mühe eigenen Thuns abgenommen wird.

Und wahrhaftig, jene Berechnungen wären vielleicht so ganz verfehlt nicht, wenn wir Deutschen hier in Posen nicht wüßten, daß das Bewußtsein unserer eigenen Würde, das Gefühl unserer moralischen Kraft, unserer furchtlosen Entschlossenheit sich die unbedingten Ansprüche nimmer wird schwächen oder hinhalten lassen, die wir durch das höchste Gebot der geschichtlichen Wahrheit, wie durch den klarsten Buchstaben des Gesetzes haben. Es ist schlimm, ein sicherer Beweis irgend eines geschehenen Unrechts, wenn im politischen Leben auch nur mit leisem Klange die Stimme gerechten Selbstlobes erhoben werden muß. Sonst hätten wir nimmer mit solcher Betonung darauf zurückkommen mögen, daß die deutsche Bevölkerung Posens dieses Land dem deutschen Vaterlande gerettet hat; daß alle politischen Maßregeln in Betreff der Provinz Posen aus einem Plane und einer geschichtlichen Idee entsprungen sind, die hier wurzelt; ohne die das Ministerium noch heute in der kläglichen Rathlosigkeit befangen sein würde, mit der es früher eine Zeit lang unthätig den hiesigen Ereignissen zusah. Erst ein blutiger Kampf, die Vertheidigung unserer Volksthümlichkeit mit Gut und Blut hat unsere Regierung belehren müssen, daß hier deutsches Land und deutsches Volk des kräftigsten Schutzes der Gesetze und noch mehr einer energischen, planmäßigen Leitung der Dinge bedürfe. Eine Zeit, deren großartiger Drang auch Preußens König und Preußens Minister bestimmte, die Neugründung eines einigen deutschen Bundesstaates als hohe Aufgabe aller Deutschen, die Unterstützung dieses Gedankens, auch durch die größten Opfer, als heilige Pflicht aller deutschen Regierungen feierlich anzuerkennen: diese Zeit hat unter der herzlichsten Zustimmung aller wahren Patrioten den deutschen Theil Posens mit Deutschland verbunden. Es heißt dem großen Gedanken einer großen Gegenwart, den tiefsittlichen Forderungen einer, so Gott will, noch größeren Zukunft untreu werden, wenn man dieses große Resultat, wie ungeschehen, ignoriren möchte; es verräth mindestens eine in dieser Zeit unverantwortliche Trägheit der Willenskraft, die unabweislichen Consequenzen dieses Resultats bequem in die Ferne verschieben zu wollen. Eine Regierung, die dem großartigen Beschlusse der deutschen Nationalversammlung, wonach Posen in den deutschen Bund aufgenommen ist und die preußische Regierung den Befehl zur Ziehung der Grenzlinie erhalten hat, nur die Widerspenstigkeit ihres eigenen Willens oder wenigstens verlegne Unschlüssigkeit entgegenzusetzen hat, statt mit energischer Kraft ihrer Pflicht zu genügen, wird mindestens das Vertrauen jedes wahren Deutschen verlieren. — Wir haben so eben ein Ministerium stürzen sehen, ohne uns darüber zu täuschen, daß ihm die Befähigung, den Anforderungen einer mit Recht viel fordernden Gegenwart zu genügen, fehlte. Kann irgend etwas darüber noch klareren Aufschluß geben, als die Sache selbst, welche so eben sein weiteres Bestehen unmöglich gemacht hat, so sind es seine Maßnahmen in der Posener Sache. — Ob und wie weit die Provinz Posen zu Deutschland gehört, ist eine Frage, die an sich einzig und allein von Deutschland, also von der Frankfurter Versammlung beschlossen werden kann; die Ausführung des Beschlusses, d. h. die definitive Ziehung der Grenzlinie gehört in den Wirkungskreis der Centralgewalt; diese hat sie dem preußischen Ministerium mit Vorbehalt ihrer schließlichen Entscheidung übergeben. Wenn dieses in Ausführung des ihm ertheilten Auftrages sich abhängig machte von der Berliner Deputirtenversammlung, so konnten wir darin nur ein Zeichen der vollständigsten Ohnmacht erkennen, welche in diesem Falle die verderblichsten Folgen gerade für unser Land hätte haben müssen. Schwankende Zustände werden auf die Dauer unerträglich und wer ein Recht hat, ihre Beendigung zu verlangen, würde thöricht handeln, wenn er es nicht geltend machte. Daß die Berliner Deputirtenversammlung zu entscheiden competent ist, in welchem Verhältnisse die Verwaltung dieses Landes zu der des übrigen preußischen Staates zu stehen hat, wird ihr niemand bestreiten; aber wenn sie sich eine Ueberschreitung ihrer Befugnisse erlaubt, so wird sie unser Vertrauen völlig verlieren. Denn unser Heil ruht einzig in der richtigen Harmonie zwischen der deutschen Centralgewalt, welche uns für unsere unauflösliche Verbindung mit Deutschland einzustehen hat, und zwischen Preußen, dem wir durch den gemeinsamen Staatsverband angehören. Wird diese Harmonie gestört, so könnte die Folge sein, daß wir in einen traurigen, unter Umständen verderblichen Conflict geriethen. Gegenwärtig ruht Alles in der Hand des bevorstehenden, neuen Ministeriums: entweder es genügt der dringenden Forderung, welche ihm das einmüthige Urtheil aller Parteien stellt, und weiß mit Energie zu handeln, durch entschlossenes Thun die Unentschiedenheit des früheren Kabinets zu ersetzen. Dann wird die Entwickelung unserer Posener Verhältnisse in Kurzem das Ziel erreichen, das längst vorgezeichnet, dessen Verfolgung längst als unvermeidlich erschienen ist und in der freudigen Zustimmung dieses Landes wird das neue Ministerium eine kräftige Stütze finden, deren es wahrlich unter dem Drange der Zeitverhältnisse nicht wohl entbehren kann. — Oder die alte Politik des Temporisirens wird beibehalten, vielleicht führt eine radikale Färbung des Ministeriums sogar zu unverhohlenem Coquettiren mit der polnischen Partei: dann aber mache man sich darauf gefaßt, daß der längst verfolgte Plan einer gewissen Partei, nämlich durch die Posener Sache einen neuen und zwar sehr heftigen Conflikt zwischen der deutschen Nationalversammlung und der Berliner Versammlung herbeizuführen, vollständig gelingt, und man bedenke, daß in diesem Falle die Deutsche Bevölkerung Posens nicht vergessen wird, worauf sie ein Recht hat.

---

† Posen, den 18. September. Vor einiger Zeit ist nun auch der Bazar der Polen, der als gefährlichster Herd der politischen Bewegungen am 21. März d. J. von Preußischen Truppen besetzt worden war, und seitdem ununterbrochen als städtische Kaserne gedient hatte, von seinen kriegerischen Bewohnern wieder geräumt worden. Das ganze weite Gebäude wird gegenwärtig gereinigt und restaurirt, und es dürfte noch lange dauern, bis die Spuren der fünfmonatlichen Einquartirung völlig wieder verwischt sein werden, so daß der Bazar wieder in früherer Weise als Hotel benutzt werden kann. Bei der Besitznahme durch das Militär ist man nicht darauf bedacht gewesen, das werthvolle Mobiliar der Säle und Zimmer an einen Ort zusammenzustellen, und so ist es natürlich den unausbleiblichen Folgen dieser Art von Benutzung nicht entgangen. Dadurch geschieht es, daß der verantwortliche Verwalter des Bazar, Herr Griesinger, der denselben auf eine Reihe von Jahren von der Aktiengesellschaft gepachtet hat, nun eine vier- oder gar fünffache Entschädigungs-Forderung aufstellt: für nöthig gewordene Baureparaturen, Wiederherstellung der zerstörten oder unbrauchbar gewordenen Einrichtung, für die unterbliebene Nutzung des Gebäudes nach seiner eigentlichen Bestimmung während der ganzen Dauer der Besetzthaltung sowohl, als auch während der zur gegenwärtigen Restauration erforderlichen Zeit. Er hat durch eine Commission von Sachverständigen die Taxen entwerfen lassen, und die Totalsumme der geforderten Entschädigung soll darnach die Höhe von 18,000 Thlr. erreichen. Herr Griesinger wird sich mit seinem Begehren zunächst an die städtische Behörde halten, diese aber jedenfalls ihren Regreß an den Fiskus nehmen.

△ Berlin, den 15. September. Die Beilage der heutigen Reform liefert die Dokumente dazu, daß die unheimlichen Gerüchte, die seit einiger Zeit die Gemüther hier ängstigten und von denen ich Ihnen neulich geschrieben, nur zu sehr gegründet waren. Es handelte sich um nichts weniger, als eine Entthronung unseres Königs, Uebertragung der Krone auf den Prinzen von Preußen, Sturz des ganzen gegenwärtigen Systems. Nach diesen Dokumenten hat Herr Held allerdings in förmlicher Unterhandlung gestanden mit Hrn. v. Katte, als Präsidenten des Preußen-Vereins für konstitutionelles Königthum, es ist eine förmliche Verschwörung im Gange gewesen, und wie einst die furchtbare Verschwörung des Catilina gegen Rom durch ein Weib ans Tageslicht kommen und vereitelt werden sollte, so ist auch hier die Unzuverläßigkeit eines Weibes ein Heil fürs Vaterland geworden. So wären wir für dieses Mal gerettet. Die Pläne und feinen Machinationen sind durchschaut, und es werden nun allmälig auch die Schwergläubigen sich überzeugen, daß Reaktionsversuche nicht zu den Unmöglichkeiten gehören. Man wird zunächst jetzt auf der Hut sein, und in der nächsten Zeit werden wir von dieser Seite her nichts zu fürchten haben. Wird man aber von Seiten des Staates bei einem so eclatanten Fall nichts vornehmen? Wenn auf die Angaben der Reform hin der Staatsanwalt gegen die angeschuldigten Personen nicht einschreitet, so ist unsere ganze Gegenwart auf Sand gebaut, so steht es jedem frei, den schwärzesten Verrath gegen Recht und Gesetz, König und Verfassung zu schmieden.

Köln, den 13. Sept. Wie es sich jetzt herausstellt, haben die Soldaten bei dem vorgestrigen höchst beklagenswerthen Vorfalle nicht Einen, sondern mehrere Bürger ohne alle Veranlassung verwundet. Das Auffallendste ist, daß ganze Compagnieen in ihren Jacken, in den Hemdsärmeln, theilweise ohne Mützen, auf den Ruf: „Heraus! heraus! mit den Waffen!" die Caserne mit blanken Säbeln unter wildem Gebrülle verlassen und nach der Thieboldsgasse stürmen konnten, ohne daß sich irgend ein Offizier, selbst nicht der Offizier du jour, der doch in der Caserne anwesend sein mußte, ihnen entgegen stellte. Dieser Ausfall in Massen hat die Bürgerschaft am meisten erbittert. Es würde

gestern gewiß zu Excessen an der Caserne gekommen sein, wenn nicht die Bürgerwehr dieselbe gleich, nachdem sie alarmirt worden, umstellt hätte. Aus dem Volke wurde mit Steinen gegen die Caserne geworfen, aber eben so aus den Fenstern derselben nach der Olivengasse und der Streitzeuggasse mit Ziegeln u. s. w. Von den Fenstern aus verhöhnten die Soldaten die Bürger, welche zu Tausenden die Caserne umlagerten, mit allerlei Geberden, wodurch die Wuth des Volkes sich nur immer steigerte. Ein Soldat des 27. Regiments wurde in der Schildergasse vom Volke mißhandelt, durch die Bürgerwehr aber vor ärgeren Mißhandlungen geschützt, nachdem er sich in ein Haus geflüchtet hatte. Unbegreiflich ist es, weßhalb man, da man die Stimmung des Volkes sah, noch Soldaten des 27. Regiments auf die Straße ließ. Einige Gensd'armen, die einen Tumultuanten verhaften wollten, wurden vom Volke gezwungen, denselben loszulassen, und dabei mißhandelt. Am Abend erschien zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther folgende Bekanntmachung des Gemeinderathes:

Der Gemeinderath hat so eben, Abends 7 Uhr, in außerordentlicher Sitzung beschlossen, eine Deputation aus seiner Mitte sofort nach Coblenz zu dem kommandirenden General und dem Ober-Präsidenten der Rheinprovinz zu senden, um in Uebereinstimmung mit dem laut und allgemein ausgesprochenen Verlangen der Bürgerschaft die sofortige Entfernung des 27. Infanterie-Regiments von Köln dringendst zu beantragen. Köln, den 12. Sept. 1848. Ober-Bürgermeister, Beigeordnete und Gemeinde-Verordnete.

Bis nach 11 Uhr war die Bürgerwehr noch an der Caserne auf ihrem Posten. Am Abende fielen keine weiteren Störungen vor. (K. Z.)

Rendsburg, den 10. Sept. Der Rückmarsch der Truppen wird mit einer Eile ausgeführt, als wenn der Feind ihnen auf den Fersen folgte. Vorgestern Abend kam der Hannoverische Train hier an und ging gestern Morgen wieder dem Süden zu. Auch die Preußischen Husaren, Pioniere und eine Abtheilung Preußischer Kürassiere passirten unsere Festung. Letztere setzten ebenfalls ohne Aufenthalt ihren Marsch nach dem Süden fort. Gestern waren außer unsern Truppen 5000 M. Preußen in unserer Festung. — Aus ziemlich sicherer Quelle erfahren wir, daß der Preußische General v. Bonin, welcher sich anfänglich bereit erklärt hatte, den Oberbefehl über die in Schleswig-Holstein zurückbleibenden Reichstruppen zu übernehmen, wahrscheinlich in Folge des in der Schleswig-Holsteinschen konstituirenden Landesversammlung gefaßten Beschlusses vom 4. Sept., erklärt hat, auf den Oberbefehl verzichten zu müssen. — Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg ist auf sein Ansuchen als kommandirender General der Schleswig-Holsteinischen Armee entlassen und das Commando interimistisch dem Brigadekommandeur Obersten Grafen Baudissin übertragen worden.

Rendsburg, dem 11. Sept. Gestern Abend machte der General von Wrangel bei seiner Reise durch Rendsburg den Mitgliedern der provisorischen Regierung einen Besuch und theilte denselben die erfreuliche Nachricht mit, daß er die bestimmte Hoffnung zu hegen Veranlassung habe, es werde das Dänische Gouvernement darein willigen, daß die Trennung unserer Truppen in Schleswigsche und Holsteinische während des Waffenstillstandes wegfalle, und daß ferner der §. 7. der Waffenstillstands-Convention dahin verändert werde, daß die von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und Verfügungen in Kraft erhalten würden und es der neuen Regierung nur freistehe, einzelne Erlasse der provisorischen Regierung aufzuheben.

Meklenburg. — Die National-Zeitung schreibt aus Berlin: Nach ihr eingegangenen Privatnachrichten aus Mecklenburg-Strelitz sollen sich am 7. Sept. die Bewohner von Alt-Strelitz und die Bauern aus der Umgegend, unzufrieden mit dem die Adeligen begünstigenden Wahlgesetz, mit Knütteln bewaffnet nach Neu-Strelitz begeben haben, um vom Großherzog eine Abänderung des Wahlgesetzes und die Entlassung der Minister und Räthe zu verlangen. Der von ihnen abgesendeten Deputation wurde zwar der Bescheid, daß eine so wichtige Angelegenheit einer längern Berathung bedürfe; die Volksmenge begnügte sich jedoch damit nicht, zwang die Bürgerwehr, sich zurückzuziehen, und setzte ihre Forderungen durch. Der Großherzog versprach Abänderung des Wahlgesetzes.

Schwerin, den 13. September. In Malchow ist es zu Excessen und in Folge dessen zum Einschreiten der Militairmacht gekommen. Als nämlich auf Anlaß einer in Folge einer Volksversammlung entstandenen Aufregung ein Haus demolirt wurde, untersagte der Bürgermeister, Hofrath Meyer, alle Volksversammlungen, ein Verbot, das jedoch von der Reformpartei nicht gehalten wurde. Der Bürgermeister wandte sich deshalb nach Waren um militairische Hülfe und rückte mit 14 Dragonern und einem Detaschement Infanterie in Malchow ein. In der Hauptstraße wurde das Militair mit Steinen aus den Häusern empfangen; sobald es jedoch den Marktplatz erreicht hatte, wo leider von der blanken Waffe Gebrauch gemacht werden mußte, hatte es gewonnen Spiel und die Verhaftung der Rädelsführer, unter ihnen der Präsident des Reformvereins, wurde ohne Weiteres vorgenommen. Die Inhaftirten sind sogleich aus der Stadt, vermuthlich nach Bützow, gebracht worden.

Frankfurt, den 12. Sept. (76. Sitzung der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung. Schluß des Berichts.) Bei der Diskussionsfrage über §. 16. erheben sich mehr als hundert Mitglieder der Versammlung. Nach dem in Folge des Schneer'schen Antrages in der gestrigen Sitzung gefaßten Beschlusse wir daher die Berathung über diesen Gegenstand vorgenommen. §. 16. lautet im Verf.-Entwurf: „Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann erst nach der Vollziehung des Civilactes stattfinden.“ Geritz aus Frauenburg bestreitet die Competenz der Nationalversammlung, über das Cölibat zu entscheiden. Der Präsident bedeutet den Redner, daß in dem vorliegenden Paragraphen von diesem Gegenstande die Rede nicht sei. Dasselbe thut Deiters aus Bonn, welcher zugibt, daß im Entwurf des Ausschusses von einer Aufhebung des Cölibats im kirchlichen Sinne nichts vorliege. Wohl aber verlange ein Amendement die Aufhebung aller Ehehindernisse. Mittermaier rechtfertigt die Anträge des Verfassungsausschusses. Mit dem Beschlusse über die Freiheit der Kirche vom Staate habe die Reichsversammlung auch das Bestehen der Civilehe ausgesprochen, die der Staat als ein höchst heiliges Verhältniß betrachten müsse. Erkenne der Staat keine Civilehe an, so mache er sich abhängig von der geistlichen Gewalt und gerathe in eine Masse von Collisionen. Der Redner erinnert an belgische Verhältnisse und an den Beschluß der rheinischen Stände vom Jahre 1830, welcher diese Frage durch Beibehaltung der Civilehe erledigt habe. Nirgends sei die Sittlichkeit der Civilehe gefährdet worden; allenthalben folge auf sie die kirchliche Trauung. Wolle man consequent handeln, so dürfe auch confessionelle Verschiedenheit kein Hinderniß zur Eingehung der Ehe abgeben. Werde der zweite Theil des Ausschußantrages angenommen, so sei auch die Ehe zwischen Juden und Christen ausgesprochen. Dadurch werde die Sittlichkeit nicht beeinträchtigt, wohl aber die Religiosität gefördert. (Beifall.) Die Discussion wird für geschlossen erklärt. Nachdem Beseler als Berichterstatter kurz das Wort ergriffen hat, wird die Abstimmung vorgenommen. Das Resultat ist folgendes: „§ 16. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann erst nach der Vollziehung des Civilaktes stattfinden. (Antrag des Verfassungsausschusses.) Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniß. Die Civilstandsregister werden von bürgerlichen Behörden geführt (Mittermaier).“ Nach der Vornahme der Wahl zweier Mitglieder für den Marineausschuß richtet der Präsident die Frage an die Versammlung, ob morgen zur Berathung über den Bericht des vereinigten Ausschusses in der Schleswig-Holsteinschen Frage geschritten werden soll? Wesendonck dringt auf augenblickliche Verlesung des Berichtes sowohl der Majorität als der Minorität. Stavenhagen will, daß diese Lesung erst nach 24 Stunden geschehe. In Abwesenheit des Berichterstatters Wurm ans Hamburg verliest Möring aus Wien den Majoritätsbericht der zur Begutachtung des zu Malmoe abgeschlossenen Waffenstillstands vereinigten Ausschüsse für die völkerrechtlichen Fragen. Der Antrag der Majorität (Arndt, Blum, Claussen, Cucumus, Dahlmann, Esmarch, Höfken, Raumer, Stenzel, v. Trützschler, Wippermann, Wurm) lautet: „In Erwägung, daß der am 26. August zu Malmoe abgeschlossene Waffenstillstand, vermöge der in seinem VII. und IX. Artikel, im fünften Separatartikel und den beiden Zusatzartikeln enthaltenen Bestimmungen wesentliche Selbstständigkeitsrechte verletzt, welche durch die Beschlüsse der Nationalversammlung allen in ihr repräsentirten Stämmen gewährleistet sind; in Erwägung, daß der von der Krone Preußen nach Malmoe abgesandte Unterhändler in wesentlichen Punkten, die ihm von der deutschen Centralgewalt ertheilten Vollmachten überschritten hat, namentlich in Bezug auf die Dauer des Waffenstillstandes, die Trennung der schleswig'schen Truppen von den holsteinischen, die in den Herzogthümern Schleswig und Holstein bestehenden Gesetze und das Personal der für beide Herzogthümer zu bildenden provisorischen Regierung, nicht minder in Bezug auf die Lage des Herzogthums Lauenburg während des Waffenstillstandes; in Erwägung ferner, daß die Ausführung mehrerer politischen Punkte des Malmöer Vertrages, vermöge der einstimmigen Weigerung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, ihnen nachzukommen, unthunlich geworden ist, während dagegen es thunlich und wünschenswerth erscheint, eine Waffenruhe zum Zweck schleuniger Friedensunterhandlungen anzubahnen; in Erwägung alles dessen beschließt die Nationalversammlung: 1) der Malmöer Waffenstillstand vom 26. August wird von der deutschen Nationalversammlung nicht genehmigt; 2) das Reichsministerium wird aufgefordert, die zur Fortsetzung des Krieges erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt des deutschen Bundesstaates sogleich zu eröffnen.“ Der Minoritätsantrag (Duncker, Flottwell, M. v. Gagern, Gombart, Mayern, Schubert, Stedtmann, Würth, Zachariä, Zenetti) heißt: „I) Die deutsche Nationalversammlung beschließt: Im Hinblick auf eine durch die königlich preußische Regierung vermittelte Erklärung der dänischen Regierung, daß sie auf das Eintreten des Grafen Karl von Moltke-Nütschau in die interimistische Regierung der Herzogthümer Schleswig Holstein verzichte, und auf Modificationen und Concessionen, welche für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth erscheinen, bereitwillig eingehe; in der Voraussetzung, daß die Erklärung der dänischen Regierung auch für das Herzogthum Lauenburg zu verstehen sei; in der Voraussetzung, daß die erwähnten Zusagen sofort durch Vermittlung der Centralgewalt in Erfüllung gehen werden: 1) daß der Waffenstillstand vom 26. August l. J. ihrerseits nicht weiter beanstandet werde; 2) daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark durch die provisorische Centralgewalt direkt und unverzüglich zu eröffnen seien. II. Die Nationalversammlung beschließt: daß sie nach Einsicht der Verhandlungen über die Verhältnisse Deutschlands zu Schleswig, vom 2. April bis zum 26. August l. J., den Ausschuß für die Centralgewalt beauftrage, über das von der preußischen Regierung der provisorischen Centralgewalt gegenüber eingehaltene Verfahren der Nationalversammlung zu berichten.“ Nachdem die Berathung über die Berichte der zur Begutachtung des Malmöer Waffenstillstandes vereinigten Ausschüsse für die völkerrechtlichen Fragen und für die Centralgewalt auf die nächste Tagesordnung (Donnerstag den 14. September) gesetzt worden ist, wird die Sitzung durch den Vicepräsidenten v. Soiron um 1¾ Uhr Nachmittags geschlossen.

Frankfurt, den 14. September, Vormittags 10¼ Uhr. Die heutige 77. Sitzung der deutschen Nationalversammlung beginnt mit der Berathung über die von den Abgeordneten Wurm und Stedtmann, Namens der Mehrheit und Minderheit der vereinigten Ausschüsse für die völkerrechtlichen Fragen oder für die Centralgewalt erstatteten Berichte über den Waffenstillstand von Malmoe. Der Präsident, H. v. Gagern, verliest die Anträge der Majorität und Minorität der Ausschüsse, sowie drei andere Anträge und eine Reihe von Amendements. Nachdem Wesendonk über die Geschäftsverhandlung das Wort ergriffen, und die Vorlage der den Waffenstillstand betreffenden Eingaben beantragt hat, begründet von Lindenau einen Vermittelungsvorschlag wonach die Genehmigung des Waffenstillstandes an die Bedingungen geknüpft werde, daß die in Art 7. des Vertrages ausgesprochene Aufhebung der durch die prov. Regierung zu Schleswig-Holstein erlassenen Gesetze und Verordnungen wegfalle, daß die Ernennung der neu zu errichtenden Verwaltungscommission der Herzogthümer durch die Nationalversammlung geschehe, daß alle beschlossenen und noch zu beschließenden Grundrechte, wie in allen übrigen deutschen Landen, so auch in Schleswig-Holstein eingeführt werden und endlich, die Nationalversammlung vereint mit der Centralgewalt die Friedensunterhandlungen mit Dä-

nemark aufnehme. Heckscher ergreift in diesem Augenblick das Wort, und beginnt mit einer Darstellung der auf den dänischen Krieg und den Waffenstillstand bezüglichen Unterhandlungen des Bundestags und der Centralgewalt mit der Krone Dänemark.

Wien, den 13. Sept. Gegen 8 Uhr versammelten sich wiederum große Haufen, namentlich vor dem Stadthauptmannschafts-Gebäude, wo eine große Kazzenmusik stattfand. Warum eigentlich diese Demonstration gemacht wurde, weiß Niemand; wahrscheinlich aber in Folge der letzten Arbeiterunruhen. Auch dem Redakteur des Tageblattes „die Geisel" wurde eine ähnliche Demonstration gebracht, da er vor ein paar Tagen vor seinem Lokal eine schwarzgelbe Fahne ausgesteckt hatte. Um halb 9 Uhr wurde daher wiederholt die Nationalgarde allarmirt, es kam jedoch zu keinen weiteren Ruhestörungen. Heute hat das Ministerium mittelst Plakat angezeigt, daß es die vorbesprochenen Aktien bis zum gestrigen Tage liquidiren wolle, und zwar heute gleich jenen von zehn Gulden. Der Andrang vor der Hofkanzlei ist ungeheuer, und die Stimmung eine äußerst aufgeregte. So eben als ich dieses schreibe (2 Uhr) wird wieder Allarm geschlagen. Die Nationalgarde rückt aus, man fürchtet heute ernstliche Ruhestörungen. Man spricht von dem Sturz des Ministeriums. — Aus Ungarn hat man seit zwei Tagen gar keine Nachrichten, heute erwartet man aus Böhmen mittelst der Eisenbahn 2 Infanterie-Regimenter, welche die Oesterreichisch-Ungarische Grenze namentlich bei Hainburg besetzen sollen. — So eben heißt es, daß die Ungarische Garde ihre Entlassung nehmen wolle. — Im Reichsstande kam die Noth des Gewerbsstandes zur Sprache; Brestel beantragte einen Staats-Vorschuß von 2,000,000 Fl. C.-M., um der augenblicklichen Noth des Wiener Gewerbstandes abzuhelfen. Ueber den Antrag der Rechten ward dieser Vorschlag an die Abtheilung für finanzielle Angelegenheiten verwiesen, um morgen zur Diskussion zu gelangen. Herr von Wessenberg antwortete auf eine frühere Interpellation Goldmarks, die Französisch-Englische Mediation sei angenommen worden; die Bande der Blutsverwandschaft, welche die Häuser von Oesterreich und Modena seit uralter Zeit verknüpften, hätten es räthlich gemacht, sich dieses herzoglichen Hauses anzunehmen. Darauf folgte eine lebhafte Rekrimination Goldmarks, indeß ohne weiteren Erfolg. Dr. Löhner beabsichtigte eine Interpellation zu bringen, des Inhalts, ob es wahr sei, daß ein Theil des jetzigen Ministeriums vom Kaiser niemals empfangen wurde? Man sagt, er habe Belege für seine Behauptung beizubringen gewußt. Durch die Taktik des Präsidenten und etlicher konservativer Mitglieder, die auf Tagesordnung antrugen, ward jedoch diese Fragestellung hintertrieben. Zur Debatte kam nunmehr der ehemals Selingersche, jetzt Strassersche Antrag auf Anerkennung der Verdienstlichkeit der Armee durch den Reichstag. Graf Borkowski hielt eine heftige, gegen das Militair gerichtete Rede, die den Unwillen des Kriegsministers Latour in solchem Maße hervorrief, daß er den Redner unterbrechen wollte, wodurch er jedoch die Ordnung des Hauses verletzte. Der Geistliche Füster verwahrte sich gegen diesen Antrag, als eine der Demokratie feindliche Manifestation. Plötzlich verbreitete sich die Nachricht, daß mächtige Bewegungen auf der Aula und theilweise auch im Volke stattfinden. Eine Sturmpetition wird verbreitet; ein demokratisches Ministerium, der Linken entnommen, soll an die Spitze der Geschäfte treten; der Sicherheitsausschuß soll seine Funktionen wieder beginnen; mehrere gestern angeschlagene, strafandrohende Plakate sollen widerrufen; das Militair bloß von dem Oberkommandanten der Nationalgarde zur Hilfeleistung requirirt werden. Die diesfälligen Entschließungen sollen heute bis vier Uhr Nachmittags erfolgen. Der Kriegsminister machte nunmehr die Mittheilung, daß das Militair konsignirt sei, und der Reichstag erklärte sich permanent. Was uns die Nacht heute noch bringen wird, Gott weiß es! — Eben höre ich, daß die Abg. Goldmark und Kudlich von der Aula nach dem Reichstage zurückkehren, um Bericht zu erstatten. — Aus Ungarn briefliche Nachricht, daß das verantwortl. Königl. Ministerium sich erhalten, den Gleichheitsklub aufgelöst habe u. s. w. — Spätere Nachricht: Provisorische Regierung. Kossuth an der Spitze. (Bedarf noch der Bestätigung.)

Wien, den 14. September. Bei der heut gegen Abend vollzogenen Erneuerungs-Vorstands-Wahl wurde Dr. Strohbach mit 230 Stimmen wiedergewählt, während Schuselka, der Kandidat der spezifisch deutschen Partei, nur 90 Stimmen erhielt. Jene 230 Stimmen repräsentiren die Stärke der slavisch-ministeriellen Majorität des Reichstages. Als Vicepräsident wurde Smolka (Galizier) mit 221 Stimmen gewählt, wogegen Hrn. Lasser (Ober-Oesterr.) für die 2te Vicepräsidenten-Stelle 1 Stimme zur absoluten Majorität fehlte. Es wird diese Wahl morgen wiederholt werden. — Dem Ministerium wurde ein Kredit von 2 Millionen zur Unterstützung der Gewerbetreibenden Wiens bewilligt.

— Jellachich's Bekanntmachungen von der Drave, sowohl an die Ungarische Nation wie auch an seine Waffenbrüder, zugleich mit seinem „Manifest", worin er seine Handlungsweise rechtfertigt, setzen es außer Zweifel, daß er in Ungarn einfallen will. Das wird die Lage der Dinge bedeutend verschlechtern und den Riß unheilbar machen, so sehr sich auch der Banus auf den Boden des Rechts stellt und an den Patriotismus appellirt.

Triest, den 10. September. Heute ist der englische Dampfer „Terrible" von Venedig gekommen, wo große Bestürzung herrschen soll. Man erzählt sich, daß die Venetianer den Franzosen als Ehren- und Rettungsgeschenk den „palazzo ducale" und den Engländern ihren Bilderschatz angeboten haben. Auf dem ersteren soll bereits die französiche, auf der Akademie die englische Flagge wehen.

— In unserm Hafen liegen nunmehr eine Fregatte, eine Corvette und einige Wachtschiffe. Die übrigen Schiffe haben uns bereits bei Tagesanbruch verlassen.

— Ein Brief aus Corfu berichtet, daß die provisorische Regierung von Venedig und die ehemaligen österreichischen Marineoffiziere großentheils sich eingeschifft haben, um sich nach Amerika zu begeben. Nachträglich wird von Fahrzeugen, die aus den venetianischen Gewässern kommen, gemeldet, daß wirklich kein sardinisches Schiff mehr dort zurückgeblieben sei.

Agram, den 7. Sept. (Oest. Ztg.) Die hiesige Zeitung enthält nachstehenden, von keinem Minister unterzeichneten Kaiserlichen Erlaß: „Mein lieber Freiherr von Jelachich! Die unzweifelhaften Beweise von Treue und Anhänglichkeit an Meine Dynastie und die Interessen der Gesammtmonarchie, die Sie seit Ihrer Ernennung zum Ban von Croatien wiederholt an den Tag gelegt haben, gleichwie die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie Sich Meinen behufs einer gegenseitigen Verständigung mit Meinem Ungarischen Ministerium erlassenen Anordnungen Folge zu leisten bestrebten, gaben Mir die Ueberzeugung, daß es nie in Ihrer Absicht gelegen sein konnte, sich Meinen Allerhöchsten Befehlen hochverrätherisch zu widersetzen, oder auf eine Lösung jenes Verbandes hinzuwirken, welche die Nebenländer Ungarns seit Jahrhunderten an Meine Ungarische Krone knüpft, und welcher auch fortan zur festeren Begründung und Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt derselben dienen soll. Es gereicht daher Meinem väterlichen Herzen zur besonderen Beunruhigung, daß ich es von jenem Ausspruche abkommen lassen kann, den Ich in Meinem Manifeste vom 10. Juli l. J. wegen einer gegen Sie einzuleitenden Untersuchung und Ihrer vorläufigen Enthebung von der Banalwürde und allen militairischen Bedienstungen, auf den Grund von Unterstellungen, zu fällen veranlaßt wurde, die in Ihrer thatsächlich erprobten treuen Ergebenheit die vollste Widerlegung finden. Indem Ich in dieser Beziehung das Entsprechende an Meinen Herrn Vetter, den Erzherzog Palatin von Ungarn, erlasse, erwarte Ich auch ferner von Ihrem Pflichtgefühle und Ihrer loyalen Denkungsweise, daß Sie in der Stellung, zu welcher Sie Mein Vertrauen erhoben hat, stets nur für das Wohl der Gesammt-Monarchie, für die Aufrechthaltung der Integrität der Krone Ungarns und für die erspießliche Entwickelung der Verhältnisse der Ungarischen Nebenländer wirken werden.

Schönbrunn, den 4. September 1848. Ferdinand."

Pesth, den 4. Septbr. (K. Z.) Es war eine tief erschütternde Scene, als Kossuth heute die Rednerbühne bestieg. Ich dachte der Zeit, da sein Stern aufging über Ungarn wie ein strahlendes Meteor, da er in jahrelanger Kerkerhaft seine kühnen Donnerworte büßte, und dachte dann des Tages, da das Pesther Comitat den armen Literaten zum Reichstage erwählte. Welch ein Jubel, der damals durch Pesth und Ofen ging! Wie ward er da die Seele der Opposition, wie unaufhaltsam flogen seine Donnerworte gegen den Absolutismus und gegen Oesterreich, bis das ganze alte Gebäude zusammenbrach und er siegend als der erste Mann von Ungarn dastand! Als in den Tagen des März Wien und Ofen ihm als dem großen Freiheitshelden entgegenjubelten, als er an die Spitze eines neuen Staates sich emporschwang, da stand er auf einer Höhe, wie in Ungarn kein Traum sie je geahnt. Und jetzt stand er da an der Stätte seines Ruhmes, aber ein Zug tiefer Wehmuth lag in den ernsten Zügen. Er selbst hat in wenigen Monaten gealtert, wie seine Schöpfung, die Freiheit Ungarns. Ein ungeheurer Ernst lag in seinen Worten. Er sprach von der Unhaltbarkeit des Ministeriums, von den Todesgefahren Ungarns, von den Ränken einer Camarilla. Seine Anträge sind entschiedenster Natur. Das Haus soll ein Comité von zwölf Mitgliedern ernennen, mit dem das Ministerium die Croatischen Angelegenheiten ordnen will. Croatien soll im Wesentlichen unabhängig von Ungarn sein. Der Reichs-Commissar soll mit ungewöhnlicher Vollmacht bekleidet werden. Eine Deputation soll nach Wien zu Ferdinand V. gehen, und er muß sofort kommen und als Ungarischer König den Aufruhr stillen, oder er hat aufgehört, die Ungarische Krone zu tragen. Es soll ein Aufruf an das Ungarische Volk und an die Völker von Europa erlassen werden, um ihnen die Lage von Ungarn zu schildern. Alles ward genehmigt, eine Deputation von 100 Mitgliedern ward gewählt, sie hat den Auftrag, sogleich zurückzukehren, wenn sie nach 48 Stunden keine Entscheidung hat. Und was dann? werden Sie fragen. Dann kommt Ungarn auf dem Rakosfelde zusammen und wird beschließen, wie der gordische Knoten zu zerhauen ist. (Daß die Deputation ohne das gewünschte Resultat Wien bereits verlassen, ist schon mitgetheilt worden.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 13. Sept. Nach der Assemblée nationale verlangt das Wiener Kabinet, außer seinen Ansprüchen, eine gewisse Oberlehnsherrlichkeit über die Italienischen Provinzen zu bewahren, deren Freimachung Frankreich fordert, sehr bedeutende Geldentschädigungen, in welche Frankreich angeblich auch einwilligen wird, wenn sie nur eine billige Betheiligung der Italienischen Staaten bei Uebernahme der Oester reichischen Staatsschuld bezwecken.

— Vorgestern empfing Cavaignac eine Dank-Deputation der von ihm jüngst decorirten 500 Juniritter, bei der sich auch Leclerc befand, der die Reihen der Nationalgarde nur darum verließ, um auch seinen zweiten Sohn herbeizuholen, nachdem der erste im Feuer gefallen. „Ich weiß — antwortete Cavaignac in der bekannten abgebrochenen Art — daß man die Exekutivgewalt getadelt hat, für einen Bürgerkampf Orden ausgetheilt zu haben; man hat uns vorgeworfen, unseren ehemaligen Grundsätzen untreu geworden zu sein. Das ist ein Irrthum. Wie wir früher dachten so denken wir noch. Es war kein Bürgerkrieg, in welchem ihr das Ordenskreuz erwarbt, sondern in einem socialen (Klassen) Kampfe, auf dem Schlachtfelde der Gesellschaft gegen ihre Feinde. Die bürgerliche Gesellschaft war das eigentliche Schlachtfeld. Ich hoffe, wir werden uns darauf nicht mehr zu schlagen brauchen. Ich zeige Ihnen bei dieser Gelegenheit an, daß wir uns überhaupt nicht schlagen werden. Die Vermittelung Frankreichs ist von Oesterreich angenommen worden. Wir hatten diese Nachricht schon über Berlin erhalten, heute empfingen wir aber eine directe Depesche aus Wien von unserem

dortigen Vertreter. Die Vermittelung ist von Oesterreich angenommen worden, weil wir uns gemäßigt zeigten. Wir sind also der Erhaltung drs Friedens sicher. Ich weiß nicht, was die Zukunft uns vorbehält; was mich betrifft, so werde ich Alles aufbieten, um den Frieden zu erhalten; denn nur durch den Frieden können wir unsere neue Einrichtungen befestigen, unsere materiellen und geistigen Reichthümer entfalten, und ich wiederhole Ihnen, daß die Vermittelung, die nun angenommen ist, von uns den Oesterreichern aufgezwungen wurde."

— Die sieben ersten Paragraphen der Verfassung, wie sie von der Nationalversammlung angenommen worden sind, lauten nun: „§. 1. Frankreich hat sich zu einer Republik erklärt. Indem es diese definitive Form der Regierung annimmt, hat es sich den Zweck vorgesetzt, freier in den Wegen des Fortschritts und der Civilisation zu wandeln; eine immer gleichförmigere Vertheilung der Lasten und Vortheile der Gesellschaft unter die Bürger zu sichern; durch die allmälige Herabsetzung der Lasten die Summe der Vortheile zu vermehren; und alle Bürger ohne neue Erschütterung durch allmälige und ununterbrochene Wirkung der Staatseinrichtungen und der Gesetze auf eine immer höhere Stufe der Moralität, der Einsicht und des Wohlstandes zu bringen. §. 2. Die Französische Republik ist demokratisch, eins und ungetheilt. §. 3. Sie erkennt an, daß es Rechte und Pflichten gebe, welche den positiven Gesetzen vorhergehen, über denselben stehen und von ihnen unabhängig sind. §. 4. Die Prinzipien dieser Gesetze sind die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit. Sie hat zur Grundlage die Familie, das Eigenthum und die öffentliche Ordnung. §. 5. Sie achtet die fremden Nationalitäten, wie sie auch die ihrige geachtet wissen will; sie unternimmt keinen Krieg zu Zwecken der Eroberung und verwendet ihre Streitkräfte nie gegen die Freiheit irgend eines Volkes. §. 6. Die Republik legt gegenseitig den Bürgern Pflichten auf und geht solche gegen dieselben ein. §. 7. Die Bürger sollen das Vaterland lieben, der Republik dienen, sie selbst auf Kosten ihres Lebens vertheidigen, im Verhältnisse zu ihrem Vermögen an den Lasten des Staates theilnehmen. Sie sollen sich durch Arbeit Mittel zur Existenz und durch Vorsicht Hülfsquellen für die Zukunft sichern. Sie sollen zusammenwirken zu dem gemeinschaftlichen Wohle, indem sie sich brüderlich unterstützen, und zu der allgemeinen Ordnung, indem sie die moralischen Gesetze und die geschriebenen Gesetze, welche über die Gesellschaft, die Familie und die Einzelnen bestimmen, beobachten."

Großbritannien und Irland.

London, den 12. Sept. Die Parlamentsakte, welche die Königin in den Stand setzt, diplomatische Beziehungen mit dem Papste anzuknüpfen und aufrecht zu halten, hat am 4. die Königliche Zustimmung empfangen. Sie enthält nur drei kurze Clauseln; die eine derselben enthält die oben angedeutete Ermächtigung; die zweite bestimmt, daß kein Geistlicher den Posten eines päpstlichen Gesandten in London bekleiden soll, und die dritte verfügt, daß nichts in dieser Akte irgend einem der jetzt zur Aufrechthaltung der Suprematie der Krone in Kraft befindlichen Gesetze zu nahe treten soll.

Der Fürst und die Fürstin von Parma sind am 6. Sept., von Livorno kommend, in Portsmouth gelandet, wo der Hafenadmiral Sir Charles Ogle Ihre Königl. Hoheiten willkommen hieß. Bald darauf reisten dieselben auf der südwestlichen Eisenbahn weiter nach London, und wurden hier vom Oesterreichischen Gesandten empfangen. Der Fürst, sagt die M. Post, sei ein sehr hübscher junger Mann, groß und schlank, dem Aussehen nach nicht über 20 Jahre alt. Die Familie hat zwei kleine Kinder mitgebracht. Das eine davon ward erst unlängst geboren, wie denn die Erbprinzessin Louise in einer am 21. August in Livorno erlassenen Proklamation an das Volk von Parma, Piacenza, Pontremoli rc. sagte: „Ich reise nach England. Völker von Parma und Piacenza! indem ich Italien verlasse, nachdem ich euch einen Sohn geschenkt, löse ich ein gegebenes Wort, aber meine Abwesenheit wird nicht von langer Dauer sein. Der lebhafteste Wunsch meines mütterlichen Herzens ist, daß mein, in Italien geborener, Sohn nach Recht und Geburt in den Staaten von Parma succedire, und daß er die Gefühle der Nationalität, des Patriotismus und der Freiheitsliebe seines Vaterlandes erbe, die seine Eltern beseelen rc." Das hohe Paar wurde durch ein Englisches Kriegsschiff in Livorno abgeholt; es rechnet auf baldige volle Restauration mit Oesterreichs Hülfe. — So wird England mehr und mehr ein Koblenz abgesetzter Fürsten und Staatsmänner des Festlandes. John Bull läßt sie als Schützlinge an seinem Heerd sitzen, jedoch im allgemeinen ohne sonderlichen Respekt und ohne alles romantische Mitgefühl. So reiht der M. Herald in die Kategorie der „gefallenen Potentaten" den schon früher gelegentlich erwähnten „Prinzen Heinrich Christoph", Bruder des vormaligen Königs Christoph von Hayti. Es ist ein Neger von Athletischem Körperbau, der sich seit Jahren liederlich und armselig in London umtreibt, und dieser Tage, weil er einen Wirth geprellt, zu einmonatlichem Gefängniß mit Zwangsarbeit verurtheilt wurde.

Schweiz.

Vom Zürichsee, den 7. September. Die heutige Post wird höchst wahrscheinlich die Nachricht von der Verwerfung des Bundes-Entwurfes durch das tessinische Volk bringen. Der Gr. Rath von Tessin zeigte sich auch in dieser Frage wieder, in der Sitzung, welche der Volksabstimmung vorherging, als den würdigen Repräsentanten der musterhaftesten Eidgenossen. Ohne des Schutzes zu gedenken, den unter den gegenwärtigen Umständen einzig und allein die Verbindung mit der Eidgenossenschaft dem wehr- und rathlosen Canton gegen das vielfältig beleidigte Oesterreich gewährt, jammerte man über den Undank der Eidgenossen, die nun „die zwölfte Stimme gegen den Sonderbund" nicht mehr nöthig hätten und deßhalb ohne Rücksicht auf geleistete Dienste dem Canton seine Posten und Zölle zu nehmen gedächten, — versteht sich, gegen Entschädigung, nach dem Durchschnitte von drei früheren Jahren; allein „die waren gerade sehr unergiebig, und wahrscheinlich wird sich der Ertrag in der Zukunft bedeutend heben!" Ein Redner droht der Schweiz damit, die Tessiner werden sich eines Tages zu erinnern wissen, „daß sie zu Italien gehören," — eine sehr richtige Bemerkung; allein so lange Tessin noch nicht zu Italien, sondern zur Schweiz gehört, sollte es seinen Verpflichtungen gegen die letztere nachzukommen wissen, und das hat Tessin nie gethan. Den äußersten Gipfel wahrhafter Unverschämtheit erreichte ein Herr Galli, der sich darüber beschwerte, daß Tessin künftig für die Instruktion der Specialwaffen mitzuzahlen habe, während es doch keine Specialwaffen besitze. Das durfte im tessinischen Großen Rathe gesagt werden, während man bei jeder Gelegenheit, auch wenn nur ein paar Hundert Urner das Heldenvolk bedrohen, nach dem Schutze eidgenössischer Kanonen und Schützen schreit, ja, während zu derselben Stunde Bellinzona durch eidgenössische Special-Waffen und auf eidgenössische Kosten gegen feindliche Einfälle befestigt wird! — Graubündten und Neuenburg haben allgemein sehr angenehm durch die ungeheure Majorität überrascht, mit welcher sie wider Erwarten für den Bundes-Entwurf votirt. — Aus dem Canton Luzern haben wir seit langer Zeit nicht viel Erfreuliches zu melden gehabt, so auch jetzt nicht: der Vorsteher des aufgehobenen Klosters St. Urban mußte gefänglich eingezogen werden, weil er aus dem letzten Rechnungsbuche des Klosters sämmtliche Blätter geschnitten und weil er eine Menge werthvoller, dem Kloster angehöriger Gegenstände verschenkt. Außerdem wurde die Neue Luz Ztg. „wegen Aufreizung zum Umsturz der bestehenden Verfassung und Regierung" mit Beschlag belegt und die Presse ihres Verlegers versiegelt. — Die Regierung von Schwyz hat in corpore ihre Entlassung eingegeben, weil die Kreis-Versammlungen das vom Cantons-Rathe einstimmig angenommene Steuergesetz (mit progressiver Einkommen- und Vermögens-Steuer) verworfen; ihre Nachfolgerin wird höchst wahrscheinlich von rein conservativer oder ultramontaner Färbung sein. — Genf hat schon in manchen Dingen die Initiative für die Schweiz ergriffen, so früher mit der Jury, so jetzt wieder mit dem, freilich höchst bescheidenen, Anfang der Demokratisirung des regulären Heeres, indem der große Rath beschloß, daß die Compagnien des Genfer Contingents ihre Corporale selbst zu wählen hätten.

Italien.

Der „Constitutionel" hat Nachrichten aus der Bai von Neapel vom 5. Sept. Das Neapolitanische Geschwader, das aus 20 Dampfschiffen mit 22,000 Mann Landungstruppen bestand, verließ Neapel den 30. August und griff Messina schon den 1. Sept. an. Die Citadelle, die bekanntlich immer noch in den Händen der Neapolitaner geblieben, eröffnete unverzüglich ihr Feuer gegen die Stadt, die zum Theil zerstört wurde und in welche die Neapolitaner eindrangen. Anfangs hatten die Bewohner von Messina viel zu leiden, rächten sich aber furchtbar. Die Neapolitaner wurden wieder aus der Stadt geworfen und mußten sich mit Hinterlassung vieler Todten und Verwundeten in die Citadelle zurückziehen. Viele Schweizer büßten ihr Leben ein, und das wüthende Volk trug ihre blutigen Köpfe in den Straßen umher. Die Stadtbewohner hatten sich verschanzt und schienen entschlossen, eher bis auf den letzten Mann zu kämpfen, denn sich zu ergeben. Dauert das Bombardement so fort, so wird die ganze Stadt in Trümmern fallen. Aus Genua schreibt man, daß die Messinesen die unterminirte Stadt in die Luft zu sprengen entschlossen wären, wenn sie unterlägen. Mit dem Dampfschiff „Tankred", das den 8. zu Marseille eingelaufen, hört man, daß 18 Kanonierschaluppen und die Citadelle um 6 Uhr Morgens am 3. das Feuer begonnen. Die Schaluppen mußten sich aber mit bedeutendem Verluste zurückziehen und zogen sich nach Terra-Nuova hin, wo sie die Küste bestrichen und selbst einen Angriff wagten. Hier hatten die Sicilianischen Freiwilligen eine Batterie aufgestellt und stellten sich, als wollten sie sich zurückziehen, nachdem sie ihre Geschütze vernagelt. Die Schaluppen gingen in die Falle, und fünf- bis sechshundert Schweizer, die hier landeten, wurden fast sämmtlich niedergemetzelt. Gegen halb Drei Nachmittags hatten die Sicilianer noch die Oberhand, mehrere Häuser standen in Flammen; man versichert, der englische und Französische Gesandte zu Neapel hätten dem Minister des Aeußern erklärt, man müsse unverzüglich die Feindseligkeiten gegen Messina einstellen.

Brescia, den 7. Septbr. Sowohl in Verona als hier erzählt man sich, daß bis zur Hälfte des Septembers in Verona ein Ministercongreß zur Bewerkstelligung eines, wir hoffen ehrenvollen Friedens stattfinden werde. Mit Ausnahme der Stadt Venedig ist das Lombardisch-Venezianische Königreich wieder von Oesterreichs Militair besetzt. Daß der moralische Besitz nicht mit erlangt wurde, darf als unbestreitbare Wahrheit hingenommen werden, so lange aber sich dieser nicht mit jenem verbündet hat, wird jener nur durch außerordentliche kostspielige Waffengewalt erhalten werden können. Die Bewohner von Brescia sind von jeher als dem Regiment Oesterreichs besonders feindlich bekannt. Die Brescianer und Bergamasken waren es fast ausschließlich, welche sich in den Tagen des Aufstandes wilder Grausamkeiten gegen die Deutschen schuldig machten. Seit der Wiederbesetzung von Brescia herrscht auch hier das Martialgesetz. Trotzdem wurden vor einigen Tagen aus einem Hause Steine auf eine Patrouille geworfen. Heute steht an den Ecken die Warnung angeschlagen, daß jeder wegen Beleidigung einer Patrouille Ergriffene dem Kriegsgericht überwiesen werde. Daß wiederholte Beleidigungen des Militairs durch die Einwohner in den Soldaten große Erbitterung hervorriefen, ist natürlich, und es läßt sich daraus erklären — nicht rechtfertigen — daß einzelne Offiziere sich ebenfalls zu Leidenschaftlichkeiten hinreißen ließen.

Nach den neuesten Nachrichten, die Italienische Blätter über die „verwickelten und dunkeln" Begebenheiten in Livorno mittheilen, war es in der Stadt am 6. Sept. vollkommen ruhig, in den Tagen vom 2. bis 6. waren Dinge vorgegangen, deren Bedeutung noch nicht ganz klar ist. Ein Marseiller Dampfboot

(Mit einer Beilagen.)

hatte (vor längerer Zeit) nach Livorno Polen gebracht, die für die Italienische Freiheit kämpfen wollten; mit den Polen war General Torres gekommen, von Geburt, wie es heißt, ein Piemontese. General Torres hatte mit der in Livorno eingesetzten provisorischen Regierung Händel bekommen, und am 4. wie es scheint mit Hülfe des Livorneser Volks diese provisorische Regierung gesprengt oder doch ihres Ansehens beraubt. Ueber die Rolle, welche hierbei die Polen spielten, herrscht Zwiespalt in den Nachrichten. Noch am 4. ferner hatte Torres mit dem Befehlshaber der Linientruppen im Fort Porta Murata einen Vertrag geschlossen, kraft dessen die im Fort liegenden Truppen bis auf ungefähr 100 das Fort räumten und sich in ihre Casernen in der Stadt begaben, während gleichzeitig 100 Livorneser Nationalgarden und 100 polnische Flüchtlinge, „die heute die Guidencompagnie des Generals Torres bilden", in die Festung einzogen. Am 5. war der bekannte Republikaner Guerazzi in Livorno erschienen, Torres hatte, wie es scheint, sein Ansehen wieder eingebüßt; von den Polen hatte mindestens eine große Anzahl sich gegen eine Betheiligung an den Livorneser Angelegenheiten erklärt. Der Großherzog von Toscana hat am 3. Sept. einen Aufruf erlassen: in Livorno sei ein gräßliches Unglück geschehen, von dem man die nähern Umstände nur erst schlecht kenne, man wisse bis jetzt bloß soviel, daß ein Kampf entstanden sei und die Anarchie herrsche. Eine Machination, die Toskana zum Mittelpunkt eines Italienischen Umsturzes machen wolle, setze mit ihren Einrichtungen die Ruhe der toskanischen Bürger und die Ordnung in Gefahr. Der Großherzog baue darauf, daß die Nationalgarde von ganz Toscana sich um ihn sammle, und rasch zur gemeinsamen Vertheidigung herbeieile.

Posen. — Am Sonnabende hat es auf unserer Eisenbahn ein Intermezzo ganz eigener Art gegeben. Der Nachmittagszug von hier hatte nämlich den Bahnhof kaum verlassen, befand sich noch zwischen der ersten und zweiten Wärterbude, als aus einem der Waggons gewaltiger Lärm und Hülferuf ertönte, so daß der obensitzende Schaffner sich genöthigt sah, an der Klingelschnur — der Dampfpfeife zu reißen. Alsbald wurde gebremset und der Zug hielt. Eiligst begab sich der Zugführer an den verdächtigen Waggon, um nach der Ursache der jähen Störung zu forschen. Dort herrschte noch unter den Passagieren Angst und Aufregung. Zwei Herren waren unmittelbar nach der Abfahrt in heftigen Wortwechsel mit einander gerathen, in dessen Fortgang der eine — wie es heißt, ein junger polnischer Edelmann — ein geladenes doppelläufiges Pistol aus der Tasche zog und den Gegner damit ernstlich bedrohte. Der Zugführer drang auf Auslieferung der verbotenen Feuerwaffe, schoß beide Läufe ab und gab sie dann dem Eigenthümer zurück. Ueber den Ursprung jenes Streites ist bei der Eile des Vorganges das Nähere nicht bekannt geworden, ebensowenig, inwieweit durch das amtliche Dazwischentreten des Zugführers in dem betreffenden Coupée Ruhe und Frieden wiederhergestellt worden sein mag.

Erwiderung.

Ueber die am 12. d. Mts. in Potsdam stattgefundenen Excesse sind in verschiedenen Zeitungen — z. B. No. 215. der Spenerschen und 214. der Vossischen — Darstellungen erschienen, welche uns mit der tiefsten Entrüstung erfüllen müssen, weil sie durch offenbare Lügen und Entstellungen der Thatsachen die Ehre unsers Bataillons an den Pranger stellen. Wir finden uns daher zu folgenden Erklärungen veranlaßt:

Es ist erlogen, daß wegen Unterzeichnung einer Dankadresse an den Abgeordneten Herrn Stein eine Disciplinar-Untersuchung eingeleitet sei und mehrere Unterzeichner arretirt wären. Es ist uns überhaupt ganz unbekannt, daß auch nur eine Aufforderung zur Unterzeichnung stattgefunden hat.

Ferner ist es eine schamlose Lüge, daß das Bataillon Stubenarrest gehabt habe, ausgebrochen und nach der Stadt gezogen sei, nachdem es vorher die Wache überwältigt hätte Nur ein Schurke kann durch solche freche Lüge die Ehre eines unbescholtenen Bataillons zu verdächtigen suchen, um beim Leser den Glauben zu erwecken, daß Zucht und Ordnung aus dem Bataillon verschwunden wäre. Der erste Artikel der No. 216. der Spenerschen Zeitung kommt der Wahrheit am nächsten. Der erwähnte Stubenarrest beschränkte sich darauf, daß am 12., gegen 6 Uhr Abends, als schon die Nachricht von den in Potsdam beginnenden Unordnungen nach den Commüns gelangte, die zu dieser Zeit in der Kaserne befindlichen Soldaten konsignirt wurden. Bei dem bald darauf abgehaltenen Appell fehlten von dem 1000 Mann starken Bataillon Anfangs 68, nach etwa 10 Minuten aber nur einige 30 Mann, von denen gewiß auch manche bei dem Tumult gar nicht betheiligt, sondern nur ihren Privatgeschäften nachgegangen waren.

Es muß uns daher auf das Tiefste empören, wenn man sich erfrecht, durch nichtswürdige Lügen und erbärmliche Karrikaturen nicht nur die Ehre unsers Bataillons herabzusetzen, sondern noch obenein unsern braven und liebevollen Commandeur, den wir wie unsern Vater verehren, zu kränken.

Wahrscheinlich werden Böswillige, wie dies schon bei ähnlichen Gelegenheiten geschehen, den Glauben zu verbreiten suchen, daß diese unsere Erklärung nur eine Eingebung unserer Offiziere sei. Wir verwahren uns daher schließlich gegen ein solche Auslegung und versichern, daß wir unaufgefordert, nur zur Wahrung unserer Ehre, hierdurch unsere eigene Ueberzeugung ausgesprochen haben.

Alle Wohllöblichen Zeitungs-Redaktionen, welche die oben beregten oder andere, die Wahrheit entstellenden Artikel aufgenommen haben, ersuchen wir, auch dieses Inserat in ihre resp. Blätter einrücken zu wollen.

Commüns bei Potsdam, den 15. September 1848.

Die Unteroffiziere und Füsiliere des Füsilier-Bataillons
2. Garde-Regiments zu Fuß.

Vorstehende Bekanntmachung ist mir vorgelegt worden und ich habe keinen Anstand genommen, meine Zustimmung zur Veröffentlichung derselben durch den Druck zu geben.

Charlottenburg, den 16. September 1848.

(L. S.)

v. Kropff, Oberst u. Commandeur
des 2. Garde-Regiments z. F.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Wider die Beschuldigungen, mit denen man den Verein für König und Vaterland zu verdächtigen gesucht hat.

Ueber die wahre Tendenz dieses Vereins kann kein Zweifel sein. — Die Statuten liegen klar und offen vor. Niemand wird nachweisen können, daß derselbe in Wort oder That irgendwo sein Prinzip Lügen gestraft hätte. Was einzelne Mitglieder etwa geäußert haben sollen, kann nicht auf Rechnung des Vereins kommen.

Es ist aber ein bekannter Kunstgriff, das zu verdächtigen, was misliebig ist, was man mit Gründen nicht schlagen kann, und dazu hat es keiner Zeit an Kunst- und Stichwörtern gefehlt. In unserer Tagesgeschichte bietet der Ausdruck „Reaktion" eine solche willkommene Waffe des Angriffs dar, da es oft nur dieser Zauberformel bedarf, um auch eine festgeschlossene Kolonne sonst thatkräftiger Männer auseinander zu sprengen. Mit dieser Waffe ist man auch über den gedachten Verein hergefallen. Wenige mögen wissen, was eigentlich das Wort Reaktion bedeutet, noch wenigere, welch ein verschiedener Sinn demselben heut zu Tage untergelegt zu werden pflegt. Die Römer kannten das Wort nicht, erst die neuere Naturwissenschaft hat sich dasselbe gebildet. Darin heißt es so viel als Gegenwirkung, und in dieser Bedeutung ist es auf das politische Gebiet übertragen. Es erhält also erst Sinn, wenn man weiß wogegen die Wirkung stattfindet. Ohne diese Bezeichnung ist es ein Phantom. Indem daher der Verein unter den Dingen, die er bekämpfen will, auch die gesetzwidrige Reaktion aufführt, hat er näher angedeutet, daß er nicht mit Don Quixote gegen Windmühlen kämpfen will, als wären es Riesen sondern daß er die Reaktion im Auge habe, die wider die bereits gesetzlich verbürgten constitutionellen Freiheiten zu Felde ziehen möchte. Auf der anderen Seite will der Verein allerdings selbst reagiren d. h. entgegenwirken gegen alle diejenigen Tendenzen, welche, sei es in republikanischen oder anarchischen Bestrebungen, darauf ausgehen, die Freiheit in der constitutionellen Monarchie umzustürzen. In dieser Reaktion beweist er also, daß er ebenso auf dem Boden der wahren Freiheit wie des Rechts und Gesetzes steht, — daß er seinerseits das gesunde Lebens-Element des Staats mit repräsentirt. Denn wie der animalische Körper todt ist, der nicht mehr gegen die in ihm zum Vorschein kommenden Krankheitssymptome reagirt, so auch derjenige Staat, in welchem keine Reaktion mehr ist gegen das, was zur Auflösung seiner sittlichen Ordnung führt. In der That müßte man sehr kurzsichtig sein, wenn man nicht so viel aus dem Gewirr der Zeit herausgefunden hätte, daß jeder Widerstand gegen solche zerstörende Tendenzen von denen Reaktion genannt wird, die eben diese Tendenzen verfolgen. Der Demokrat und Republikaner macht diesen Vorwurf dem Anhänger der constit. Monarchie, und selbst der Republikaner, der aus Scheu vor Gesetz und Ordnung sich nicht an dem Zeughaussturm zum Behuf der allgemeinen Volksbewaffnung betheiligen wollte, gilt in den Augen eines solchen Stürmers als Reaktionär. So kann man in der That sagen, daß jeder Reaktionär ist, der mehr Respekt für Recht und Ordnung in der Freiheit hat, wie der, der ihn so nennt. In diesem Sinn muß es der Verein für eine Ehre achten, als ein reaktionärer gescholten zu werden, weil er sich bewußt ist, daß er gegenüber den republikanischen und anarchischen Umtrieben für Recht und Gesetz im Sinne der constitutionellen Freiheit zu Felde ziehen will. Wo ein solches Ziel vorliegt, sollte man meinen, daß alle wahrhaft constitutionell gesinnten Bürger ihm zufallen müßten. Aber das ist die Schmach der Zeit, und daran muß das Vaterland zu Grunde gehen, wenn es nicht anders wird, daß die Partei des Umsturzes, in sich einig, muthig und rücksichtslos gegen Widerstand und Schmähung, auf ihr Ziel losgeht, während die Bessergesinnten sich durch Gespenster bange machen lassen, und in dieser Zeit, wo es noch einen ganz andern Muth gilt, nicht einmal den Muth haben, in dem Bewußtsein ihres guten Zweckes den Scheltworten und Verdächtigungen die Stirn zu bieten. Erst wenn es durch diese Lauheit oder Feigheit dahin gekommen sein wird, daß alle unsere Rechtszustände zerrüttet worden, wenn wie in Frankreich entweder Anarchie oder Gewaltherrschaft am Ruder ist, und damit alle wahre Freiheit ihr Grab gefunden, dann werden die Anhänger des constitutionellen Königthums, aber auch dann zu spät erkennen, daß sie es waren, die durch ihre Untreue gegen dieses Königthum an dem Sturz des Vaterlandes mitarbeiteten.

Posen, den 17. September 1848. Dr. Wilh. Klee.

Marktberichte. Posen, den 18. Sept.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß)

Weizen 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf., auch 2 Rthlr. 11 Sgr. 1 Pf.; Roggen — Rtlr. 28 Sgr. 11 Pf., auch 1 Rthlr 2 Sgr. 3 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch 1 Rtlr 1 Sgr. 1 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen 26 Sgr 8 Pf., auch 1 Rthl. 1 Sgr. 1 Pf.; Erbsen 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rthlr. 5 Sgr. 7 Pf; Kartoffeln 8 Sgr. – Pf., auch 9 Sgr. — Pf.; der Centn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr., auch 4 Rthlr. 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 20 Sgr., auch 1 Rthlr. 25 Sgr.

Posen, 18. Sept. Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tr. $16\frac{1}{2}$ Rtlr., auch $16\frac{5}{6}$ Rtlr.

Berlin, den 16. September.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—62 Rthlr; Roggen loco 29—31 Rthlr., schwimmend 30—31 Rthlr., 82 pfd. p. Sept./Okt. 29 — $28\frac{1}{2}$ Rthlr., Okt./Nov 30 Rtlr., p. Frühjahr 34 Rthlr.; Gerste, große, loco 30 Rtlr., kl. 25 – 26 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 16—17 Rthlr.; Erbsen, Kochwaare 40 Rthlr., Futterwaare 37 Rthlr.; Rapps und Winter-Rübsen 70, 69 à $69\frac{1}{2}$ Rthlr.; Leinsaat 46—45 Rthlr.; Rüböl loco $11\frac{1}{3}$ Rthlr., Sept./Okt. $11\frac{1}{3}$—$11\frac{1}{4}$ Rthlr., Okt./Nov. $11\frac{5}{12}$—$11\frac{1}{3}$ Rthlr., Nov./Dez. $11\frac{1}{2}$—$11\frac{3}{8}$ Rthlr., Dez./Jan. $11\frac{1}{2}$—$11\frac{5}{12}$ Rthlr., Jan./Febr. $11\frac{1}{3}$—$11\frac{5}{12}$ Rthlr., Febr./März $11\frac{1}{2}$ Rthlr.; Leinöl loco 10 Rthlr., Lieferung $9\frac{1}{2}$; Mohnöl 20 Rthlr., Lieferung 17; Hanföl 15 Rthlr., Lieferung 13; Palmöl $13\frac{3}{4}$—$14\frac{1}{2}$ Rthlr.; Südsee-Thran 10 Rthlr.; Spiritus loco 18 Rthlr. ohne Faß, Sept./Okt. $17\frac{3}{4}$—$17\frac{1}{2}$ Rthlr., Okt./Nov. $17\frac{1}{2}$—$17\frac{1}{4}$ Rthlr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: E. Hensel.

Stadt-Theater in Posen.

Dienstag, den 19. September 1848: Freitheater für Kinder. „Stadt und Land" oder der Viehhändler aus Oberösterreich", Posse mit Gesang in 3 Akten von Fr. Kaiser, Musik von A. Müller.

Todes-Anzeige.

Heute früh um 5 Uhr starb unser einziges liebes Kind an der Unterleibsentzündung. Dies zeigen wir, mit dem tiefsten Schmerz und der Bitte, um stille Theilnahme, ergebenst an.

Posen, den 18. September 1848.

Jrisek, O.-L.-G.-Rath und Frau.

Bestellungen auf die in meinem Verlage erscheinende

Schlesische Zeitung,

das **gelesenste** und **verbreitetste** Tagesblatt unserer Provinz, wolle man für das mit dem 1. Oktober beginnende 4. Quartal d. J. bei den nächsten Post-Anstalten so zeitig wie möglich machen. In Folge des ermäßigten Porto beträgt der Abonnements-Preis bei allen Königl. Preuß. Postämtern von jetzt ab nur 1 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf. für das Quartal.

Die seit Kurzem um mehrere Tausend vermehrte Zahl der Abonnenten der Schlesischen Zeitung beweist am besten, daß es ihr gelungen ist, den Geist der Zeit richtig zu erfassen und mit Besonnenheit und Gerechtigkeit für **die Freiheit** zu kämpfen, für welche die Majorität aller Klassen des Volkes erglüht ist.

Bei einer solchen Theilnahme des Publikums erlangen Ankündigungen jeder Art durch die bedeutende Auflage des Blattes die größte Verbreitung und wird für solche die gewöhnliche Petit-Zeile mit $1\frac{1}{4}$ Sgr., die $\frac{1}{4}$tel gespaltene Zeile mit 2 Sgr. berechnet.

Breslau, im September 1848.

Der Herausgeber **Wilhelm Gottlieb Korn.**

Benachrichtigung.

Die sub. No. 24. am Wagengebäude belegene an die Wittwe Sękowska bis jetzt verpachtet gewesene Brodverkaufsstelle, soll bis ultimo December c. anderweit meistbietend verpachtet werden.

Zu diesem Behuf ist ein Lizitationstermin auf dem Rathhause auf den

20. d. M. Vormittags 11 Uhr

vor dem Hrn. Stadtrath Thayler anberaumt worden, zu welchem Pachtlustige hierdurch vorgeladen werden.

Posen, den 14. September 1848.

Der Magistrat.

Ediktalvorladung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Abraham Marcus Cohn hier ist am heutigen Tage der Konkurs-Prozeß eröffnet worden.

Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche an die Konkursmasse steht

am 4ten Oktober cur. Vormittags um 9 Uhr,

vor dem Hrn. Ober-Landes-Gerichts-Assessor Meitzen im Partheienzimmer des hiesigen Gerichts an.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird mit seinen Ansprüchen an die Masse ausgeschlossen, und ihm deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt.

Jnowraclaw am 26. Mai 1848.

Königl. Preuß. Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung.

An Stelle des wegen der Statt gehabten Unruhen aufgehobenen hiesigen St. Adalberts-Jahrmarkts am 2. Mai c. soll mit Genehmigung der Königl. Regierung zu Bromberg St. Nikolai-Jahrmarkt

am 11. und 12. December c.

hier abgehalten werden, was zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Gnesen, den 14. September 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Dienstag den 3. Okt. c. von Vormittags 10 Uhr an, werde ich in Miescisko, 332 Stück Mutterschaafe, Hammel und Lämmer an den Meistbietenden verkaufen.

Wongrowiec, den 15. September 1848.

Thiel, Auktions-Kommissarius.

Bei meinem Abzuge von Posen nach Breslau sage ich allen meinen Bekannten und Freunden ein herzliches Lebewohl.

Louis Kletschoff.



Meine Kaiserl. Königl. privilegirten verbesserten galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten

haben sich bis jetzt den größten Ruf in der Heilung aller rheumatischen Leiden erworben, was durch die besten Zeugnisse der berühmtesten Herren Aerzte bestätigt wird.

Ich bin daher so frei, die geehrten Einwohner von Posen und dessen Umgebung, da die **Cholera** schon an vielen Orten Deutschlands grassirt, auf eine höchst wichtige Anzeige mehrerer hochgestellter Aerzte Rußlands aufmerksam zu machen, daß nämlich meine verbesserten galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten als ein bewährtes Schutzmittel wider die Cholera dort angewendet worden sind, ja sogar von Personen, welche mit Cholera-Kranken in fortwährende Berührung kamen und diese Ketten trugen, ist nicht ein einziger erkrankt.

Die Ursache der Cholera soll nach Aussage vieler berühmter Aerzte in der mangelnden Magnet-Electricität der Atmosphäre liegen und gerade diese wird durch die galvano-elektrischen Ketten ersetzt, indem sie fortwährend eine wohlthuende elektrische Strömung um den Körper bewirken, dadurch gleichzeitig die Transpiration befördern und stets einen gelinden Schweiß hervorrufen.

Meine verbesserten galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten sind in **Posen** einzig und allein acht bei Herrn **C. F. Binder, alten Markt Nro. 82.** fortwährend zu nachfolgenden Preisen zu haben: Schwache à 25 Sgr., stärkere à 1 Rthlr. 10 Sgr. Auch zeichnen sich meine verbesserten galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten durch ihren billigen Preis, so wie besonders dadurch vortheilhaft aus, daß sie bei dem Gebrauch nicht zerbrechen, wie dies bei anderen ähnlichen Fabrikaten der Fall ist, wodurch dann die Heilkraft gänzlich aufgehoben wird.

☛ Zugleich führt Herr C. F. Binder das Lager meiner unübertrefflichen Rheumatismus-Ableiter. Dieselben sind stets zu den bekannten Preisen dort zu haben, à Stück nebst Gebrauchs-Anweisung 10 Sgr., stärkere 15 Sgr. und ganz starke 25 Sgr.

A. Kunzemann in Schönebeck,

Fabrikant von galvano-elektrischen Apparaten und wirkliches Mitglied der polytechnischen Gesellschaft zu Leipzig.

Zeugniß.

Hiermit bezeuge ich, daß die Vegetabilische **Haar- und Bart-Färbungs-Tinctur**, welche ich von Herrn Lohsé in Berlin in Gebrauch nehme, als

das einzig zweckmäßigste Mittel

das **Kopf- und Barthaar** zu färben, anerkenne, da es durchaus gar keine Schwierigkeiten verursacht, wie bei allen anderen Mitteln, welche ich angewendet habe, der Fall ist, daher ich es als das **natürlichste**, ohne der Gesundheit nachtheilige Mittel glaubhaft anempfehlen kann.

Bötzen, den 15. August 1848.

Der Königl. Forstbeamte Korfgen.

Vorstehend empfohlene Tinctur ist zum Braun- und Schwarz-färben zu nachstehenden Preisen zu haben:

das Gebrauchs-Quantum fürs Jahr zum Kopfhaar, Backen- und Schnurbart à 2 Rthlr.,
das Gebrauchs-Quantum fürs Jahr zum Backen- und Schnurbart à 1 Rthlr. 10 Sgr.,
das Gebrauchs-Quantum fürs Jahr zum Schnurbart à 15 Sgr., 20 Sgr. und 1 Rthlr., incl. Gebrauchsanweisung.

* Einzig und allein ächt zu haben:

Berlin, bei **Lohsé, Jägerstr. Nr. 46, Maison de Paris.**

Dépositaire wahrhaft ächt franz. und engl. Parfümerien und Toilettenseife (ohne Nachahmung).

Briefe und Gelder werden franko erbeten.

Wiederverkäufer erhalten 25% Rabatt.

Sicheres Schutzmittel gegen die Cholera.

Die wichtige Entdeckung, daß die Ursache der Cholera in der Luft liegt, und zwar in gestörten Verhältnissen der Electricität und des Erdmagnetismus, hat zur Aufstellung von Schutzmitteln gegen diese Krankheit geführt, die auf jener Entdeckung beruhen.

Die **galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten** haben sich nach offiziellen Berichten aus Petersburg als ein so sicheres Mittel gegen die Cholera bewährt, daß auch nicht eine einzige Person, welche eine solche Kette trug, von dieser schrecklichen Krankheit befallen wurde.

Das Stück von obigen Ketten kostet 15 Sgr. und sind selbige nur ächt zu haben bei

J. J. Heine, Markt 85.

Ein gewandter Brennerei-Inspektor, der auch die Preßhefenfabrik gründlich versteht, sucht unter vortheilhaften Bedingungen eine baldige Anstellung. Adressen werden unter M. Nro. 30 poste restante franco Stettin erbeten.

Ein junger Mann anständiger Eltern kann als Lehrling bei mir eintreten.

Posen, den 18. September 1848.

J. Finkel, Uhrmacher, Wasserstr. No. 7.

Bäckerstraße No. 17/10. ist eine Parterre-Wohnung von 2 Stuben, und im ersten Stock eine Wohnung von 3 Stuben nebst Zubehör zu vermiethen.

An der Königsstraße No. 17. und 18. sind größere und kleinere Wohnungen, nach Verlangen ohne oder mit Stallungen und Wagenremise, vom 1sten Oktober c. ab zu vermiethen.

Berliner Börse.

Den 16. September 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$74\frac{1}{4}$	$73\frac{3}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	87
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	$72\frac{1}{4}$	$71\frac{3}{4}$
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	$79\frac{1}{2}$
Grossh. Posener »	4	—	$95\frac{1}{2}$
» »	$3\frac{1}{2}$	$78\frac{3}{4}$	$78\frac{1}{4}$
Ostpreussische »	$3\frac{1}{2}$	—	86
Pommersche »	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärk. »	$3\frac{1}{2}$	$89\frac{7}{8}$	$89\frac{3}{8}$
Schlesische »	$3\frac{1}{2}$	—	—
» v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$85\frac{1}{2}$	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	$12\frac{1}{2}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	87	—
» Prioritäts-	4	—	83
Berlin-Hamburger	4	65	—
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$89\frac{3}{4}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	53
» » Prior. A. B.	4	—	$77\frac{1}{2}$
» » »	5	—	$86\frac{1}{2}$
Berlin-Stettiner	4	—	$88\frac{1}{4}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$75\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	90	—
Magdeburg-Halberstädter	4	102	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	69	69
» Prioritäts-	4	—	81
» »	5	$93\frac{3}{4}$	$93\frac{3}{4}$
» » III. Serie	5	—	88
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	89	—
» » B.	$3\frac{1}{2}$	89	—
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	69	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$52\frac{1}{8}$	$52\frac{1}{8}$
Stargard-Posener	4	$66\frac{1}{4}$	—